

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Teure Strompreise: „Nein danke!“ - Entlastung für einkommensschwache Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Trotz sinkender EEG-Umlage sind die Strompreise für den Endverbraucher ab 1. Januar 2019 weiter gestiegen. Die weitere Erhöhung der Kosten ist insbesondere für einkommensschwache Haushalte und kleinere Unternehmen nicht länger hinnehmbar. Mecklenburg-Vorpommern ist davon besonders betroffen und muss landesweit Abhilfe schaffen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im ersten Quartal 2019 ein Landeskonzept vorzulegen, wie sie kurzfristig die Entwicklung der steigenden Strompreise individuell für Mecklenburg-Vorpommern stoppen möchte, um für die Bürger des Landes eine nachhaltige Entlastung herbeizuführen.
2. die aktive Umsetzung des Konzeptes zur Entlastung der Bürger bis Ende 2019 einzuleiten.
3. in diesem Zusammenhang die Klimaschutzziele des Landes kritisch zu prüfen und gegebenenfalls erforderliche Gesetze, Verordnungen und sonstige Regelungen des Landes anzupassen, um für die Bürger, insbesondere die einkommensschwachen Haushalte, ab 2020 eine finanzielle Erleichterung einzuführen.
4. sich langfristig dafür einzusetzen, dass die Endverbraucher dauerhaft von der Finanzierung der Energiewende ausgenommen sind.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Der Preis der Energiewende belastet insbesondere einkommensschwache Haushalte und kleinere Unternehmen mit steigenden Kosten.

Die EEG-Umlage ist von 2010 (2,047 Cent/kWh) bis 2017 (6,88 Cent/kWh) um mehr als das Dreifache gestiegen. Trotz geringer Entlastung seit 2018 (6,792 Cent/kWh) bleibt die EEG-Umlage mehr als das Dreifache teurer als 2010. Aufgrund parallel ansteigender Börsenstrompreise gibt es 2019 trotz abermals sinkender EEG-Umlage auf 6,405 Cent/kWh keine merkbare Entlastung im Geldbeutel der Bürger. Das Gegenteil ist der Fall - Branchenexperten erwarten sogar einen leichten Anstieg für private Haushalte in den kommenden Jahren, da höhere Netzentgelte und Beschaffungskosten vorausgesagt werden.

Investitionen in die Netzinfrastruktur führen zu einer Steigerung der Netznutzungsentgelte. Diese trägt auch der Stromkunde für die Bereitstellung des Netzes, insbesondere im Norden und Osten Deutschlands. Mecklenburg-Vorpommern ist also auch von dieser Steigerung besonders stark betroffen.

Es muss dringend für Entlastung gesorgt werden. Neben Privathaushalten tragen auch kleine Unternehmen nach wie vor den größten Teil dieser Kosten, während große Industrieunternehmen mit hohem Stromverbrauch privilegiert sind und von der Ökoumlage teilweise befreit sind.

Klimaschutz und die damit verbundenen Ziele müssen im Einklang mit den gesellschaftlichen Bedingungen stehen. Die Ziele dürfen nicht auf Kosten unserer Bürger durchgesetzt werden. Hier bedarf es dringend einer kritischen Überprüfung. Es bedarf kurzfristiger Lösungen, die die Bürger entlasten. Langfristig muss ein Umdenken stattfinden und die Klimaschutzziele müssen entsprechend den aktuellen Gegebenheiten mit Augenmaß überarbeitet werden.